



Schweizerische Eidgenossenschaft
Herr Bundesrat Ueli Maurer
3003 Bern

Konferenz der Kantonsregierungen KdK
Herr Ständerat Benedikt Würth, Präsident KdK
Haus der Kantone, Postfach
3001 Bern

Per Mail: rahel.vonkaenel@gs-efd.admin.ch und mail@kdk.ch

Bern, 4. Februar 2020

Stellungnahme zum Schlussbericht Projekt «Digitale Verwaltung: Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination»

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum Schlussbericht des Projekts «Digitale Verwaltung: Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination» Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Der Schweizerische Städteverband hat bereits in seiner Stellungnahme zur E-Government Strategie Schweiz 2020 bis 2023 die Haltung vertreten, dass zur effizienten Steuerung und Umsetzung der digitalen Transformation mehr verbindliche Standards notwendig sind. Der Städteverband hatte in verdankenswerter Weise auch die Gelegenheit erhalten, mit einem Vertreter in der Projektgruppe die Interessen der Städte darzulegen. In diesem Kontext begrüsst der Schweizerische Städteverband das Projekt und das im Schlussbericht dargestellte Vorgehen.

Bemerkungen und Anträge

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Varianten und deren Beurteilung:
Aus Sicht des Schweizerischen Städteverbandes ist in einem ersten Schritt rasch die Variante 2 «Politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung» anzustreben.

Bemerkungen zur vorgeschlagenen etappenweisen Umsetzung:

Der Schweizerische Städteverband erachtet den etappenweisen Umsetzungsplan als realistisch und pragmatisch. So können relativ bald Zwischenziele erreicht und nachhaltig gesichert werden, auch falls spätere Phasen mit höherer Verbindlichkeit politisch nicht mehrheitsfähig sind.



Anträge:

Der Schweizerische Städteverband beantragt aufgrund der direkten Betroffenheit der Städte und Gemeinden, dass die kommunale Ebene in der Projektorganisation weiterhin adäquat einbezogen wird. Ebenso sind wir der Ansicht, dass die Gremien der politischen Plattform und der allenfalls späteren gemeinsamen Behörde konsequent tripartit auszugestaltet sind. Wir schlagen diesbezüglich entsprechende Regelungen vor, wie sie in der aktuellen öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2020 festgehalten sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die enge Zusammenarbeit in diesem strategisch wichtigen Projekt.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband